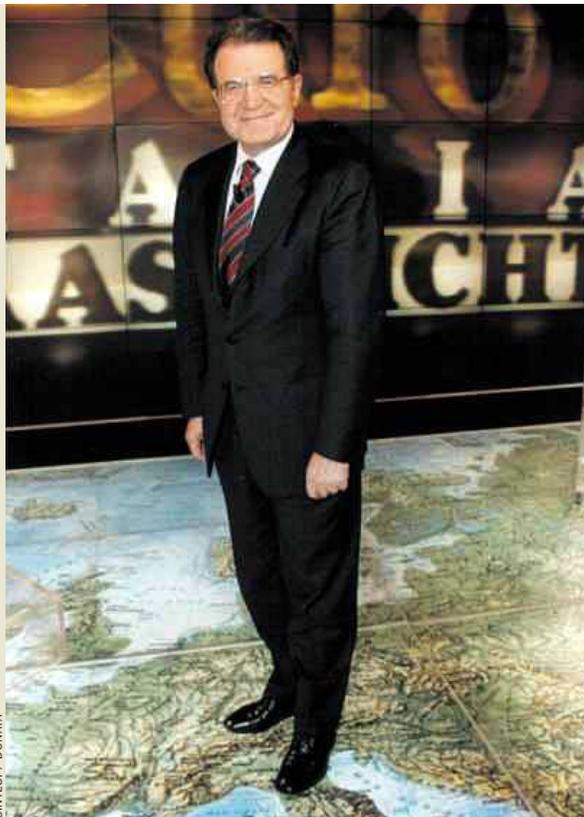


EUROPA

## Gefährliche Klippe

Romano Prodi, designierter Präsident der EU-Kommission, beugt sich den Wünschen von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Am vergangenen Donnerstag akzeptierte der Italiener bei einem Treffen in Bonn die Grüne Michaela Schreyer sowie den Sozialdemokraten Günter Verheugen als deutsche Kommissarsanwärter. Prodi machte lediglich den Vorbehalt, daß er mit beiden noch ein ausführliches Fachgespräch führen müsse. Schreyer ist nach bisherigen Plänen des Italieners für das Portfolio des EU-Haushalts, Verheugen für einen der außenpolitischen Zuständigkeitsbereiche der neuen Kommission vorgesehen.

Als gefährliche Klippe könnte sich für Schreyer noch das Ausschuß-Hearing im Europaparlament erweisen. Zeigt sie da Schwächen, wollen die Konservativen geschlossen bei Prodi auf Austausch der Kandidatin drängen. Ist der Präsident aber von der Qualifikation der Deutschen überzeugt, will er sich nicht erpressen lassen. Das Europäische Parlament würde dann von ihm vor die Alternative gestellt, entweder die gesamte Kommission samt Schreyer zu wählen oder sich einen neuen Kommissionspräsidenten zu suchen. Prodi stünde dann nicht mehr zur Verfügung.



Prodi



Schreyer



Verheugen

Die deutschen Unionsabgeordneten im Europaparlament haben kaum noch Chancen, Prodi dafür abzustrafen, daß er keinen CDU/CSU-Vertreter in sein „Top-Team“ aufnimmt. Gegen ihren Plan, Prodis Mannschaft im Parlament die Zustimmung zu verweigern, gibt es Widerstand selbst im konservativen La-

ger. Die spanischen Konservativen möchten ihre Kommissarskandidatin Loyola de Palacio, die britischen Tories Chris Patten, den früheren Gouverneur von Hongkong, durchbringen. Auch die Österreichische Volkspartei will die Wiederkehr ihres Agrarkommissars Franz Fischler nicht gefährden.

ÖCALAN

## Warnung vor Gewalt

Deutsche Sicherheitsbehörden rechnen mit „schwerster, emotional gesteuerter Gewalt“, sollte der inhaftierte PKK-Führer Abdullah Öcalan in der Türkei hingerichtet werden. In einer Lagebeurteilung der Staatsschutzabteilung des Bundeskriminalamts für die Bundesregierung warnen die Experten vor Brandanschlägen, Kamikaze-Attacken und Flugzeugentführungen. Auch Geiselnahmen, mit denen versucht werden könnte, Öcalan freizupressen, müßten einkalkuliert werden. Mit diesem Szenario müsse schon bei „herannahendem Vollstreckungstermin“ gerechnet werden. Gleiches gelte, wenn die PKK glauben müsse, daß sie „hinsichtlich der Lösung der Kurdenfrage auf keine weitere Unterstützung der Staatengemeinschaft“ bauen könne.



Kurden-Demonstration (in Hamburg)

RÜSTUNG

## Verschärfte Beobachtung

Vor Geschäften mit 14 russischen Firmen und Universitäten hat die Bundesregierung die deutsche Industrie gewarnt. Sie stünden nach Angaben der US-Regierung im Verdacht, Iran durch „umfangreiche technische Unterstützung“ bei der Entwicklung hochmoderner Langstreckenraketen zu helfen. Mißtrauisch beobachtet wird neben der kommerziellen Raumfahrt-Agentur Glawkosmos auch die Baltic State Technical University in St. Petersburg. „Deutsche Unternehmen, die einen Technologietransfer nach Rußland durchführen“, heißt es in der Warnung, müßten mit „verschärfter Beobachtung“ seitens der US-Administration rechnen.